

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Rüstungsausgaben

Im vergangenen Jahr haben die beiden Supermächte USA und UdSSR für ihre Rüstung beinahe gleichviel Geld ausgegeben. Die USA verbrauchten 235 Mrd Dollar, die Sowjetunion 240 Mrd.

### Bombenalarm in Amsterdam

Vor dem königlichen Palast am Amsterdamer Dam ist am Dienstag von der Polizei eine Bombe entdeckt und entschärft worden. Die Absperrungen führten zu einem Verkehrschaos. Ein Polizeisprecher erklärte am Dienstag, während der ganzen Nacht hätten in der Stadt Unruhen geherrscht. Beim Wohnungs- und Arbeitsamt seien Brandbomben gezündet worden. Acht Personen sind verhaftet worden.

### Defekt in Cattenom

Im lothringischen Cattenom sind die Tests wegen eines Kurzschlusses seit Freitag unterbrochen. In der Nacht auf den Dienstag war in Metz von unterrichteten Kreisen zu erfahren, dass im Reaktorblock I des Atomkraftwerkes ein Kabel geschmolzen sei. Der Fehler liege wahrscheinlich an einer Isolierung.

### Soldaten getötet

Ugandische Rebellen haben im Norden des Landes 20 Regierungssoldaten getötet. Das erklärte Staatschef Yoweri Museveni in einem Interview am Dienstag. Die Soldaten seien «im Schlaf massakriert worden, nachdem sie zuvor von Agenten der Aufständischen zu einem Trinkgelage gelockt worden» seien.

## Reges Interesse an Weiterbildung und Auseinandersetzung

Derzeit gibt es ein breites Angebot an Erwachsenenbildung sowie Hobby- und Freizeitkursen

Die Qual der Wahl macht vielen zu schaffen. Ein breites Angebot an Erwachsenenbildung sowie Hobby- und Freizeitkursen lässt die Auswahl als schwieriges Unterfangen erscheinen. Doch die Zahl der Kursbesucher und Bildungshungrigen weist darauf hin, dass eine recht grosse Nachfrage nach Weiterbildung und Fortbildung sowie nach sinnvoller Freizeitbeschäftigung besteht.

Vor zehn Jahren erschien in unserem Land das Buch «Erwachsenenbildung im Fürstentum Liechtenstein», das eine Bestandaufnahme der damaligen Situation im Bereich der Erwachsenenbildung darstellte. Die Autoren des umfangreichen Buches, Christian und Margrit Sulzer, erfassten in einer detaillierten Umfrage das Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten und die Nachfrage nach Bildungsangeboten, interpretierten die ermittelten Zahlen und versuchten künftige Richtlinien für die Erwachsenenbildung in unserem Land herauszukristallisieren. Als Schwerpunkte bei der Darstellung der Bedürfnisse wählten sie die politische Bildung, die Fähigkeit zu ziehen, die Beziehungsfähigkeit sowie die religiös-sittliche Bildung.

### Breites Angebot an Weiterbildung

Heute, zehn Jahre nach Erscheinen dieses Grundlagenberichtes, kann nicht ohne Genugtuung festgehalten werden, dass sich innerhalb eines Jahrzehnts wesentliche Fortschritte auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung ergeben haben. In der Zwischenzeit wurde die Erwachsenenbildungsstelle geschaffen und das Gesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung in Kraft gesetzt. Allein im letzten Jahr bot die Erwachsenenbildungsstelle 68 verschiedene Weiterbildungskurse an, die von rund 2200 Perso-

nen besucht wurden. Hinzu kamen die Hobby-Kurse und die Weiterbildungskurse, die vorher von der Berufsberatungsstelle, nun aber von der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung angeboten werden. Diese Hobby- und Freizeitkurse wurden von rund 1200 Personen belegt, während vom Angebot der Weiterbildung etwa 550 Personen Gebrauch machten.

### Nachfrage nach Kursen vorhanden

Diese beachtlichen Zahlen sind vor dem Hintergrund weiterer Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in unserem Land und in der näheren und weiteren Region zu sehen. Der ständigen Weiterbildung wird demzufolge in unserem Land ein hoher Stellenwert beigemessen. Diese Feststellung machten auch Christian und Margrit Sulzer in ihrer Bestandaufnahme, in der sie ein beachtliches Interesse für die Erwachsenenbildung be-

schrrieben und mit den Ausserungen einer Meinungsumfrage belegten. Den grössten Stellenwert massen die Befragten damals der «Vermittlung praktischer Fähigkeiten für den Alltag» bei, gefolgt vom Bedürfnis des «Beisammenseins mit Gleichgesinnten» und der «Hilfe in Lebensfragen». Ein weniger hoher Anteil wollte auch die Schulbildung nachholen und ein relativ grosser Teil sprach sich für die Erwachsenenbildung als «Zeitvertreib» aus.

Diesen Ansprüchen und Bedürfnissen ist die Erwachsenenbildung, deren Herbstprogramm bereits angelaufen ist, und die Freizeit- und Weiterbildung, deren Startschuss gestern Abend mit dem ersten Kurs über «Gewürze binden» fiel, nachgekommen. Das Angebot an Bildungsmöglichkeiten ist gross, es orientiert sich an der Nachfrage und den wechselnden Bedürfnissen – und mitmachen kann jeder. (G.M.)

## Überschuss in der laufenden Rechnung

Gemeinde Gamprin legte Rechnungsbericht für 1985 vor

Bei Einnahmen von 2,826 Mio. Fr. und Aufwendungen von 1,846 Mio. Fr. schliesst die laufende Rechnung der Gemeinde Gamprin, wie aus dem soeben veröffentlichten Rechnungsbericht hervorgeht, mit einem Ertragsüberschuss von 980 000 Fr. ab. Nach Vornahme von Abschreibungen in Höhe von 970 000 Fr. ergibt sich ein Netto-Ertrag des laufenden Haushalts von rund 10 000 Fr.

Die Gemeinde Gamprin führt in ihrem Jahresbericht nicht nur die Gemeindefinanzrechnung an, sondern gibt auch einen Überblick über das Gemeindegeschehen

im letzten Jahr in Wort und Bild. Besonders zu erwähnen ist hier die Eröffnung der Sammelstelle für Altstoffe, der Modellcharakter für die Abfallentsorgung zukunfts.

Die Aufwendungen der Gemeinde Gamprin beliefen sich in der laufenden Rechnung auf 2,816 Mio. Fr. Neben den Abschreibungen von 970 000 Fr. beansprucht das Schulwesen mit 317 000 Fr. und die Waldwirtschaft mit 290 000 Fr. den grössten Budgetanteil, gefolgt von den Aufwendungen für die Verwaltung mit 184 000 Fr. und das Kirchenwesen mit 185 000 Fr. sowie das Bauwesen mit 195 000 Fr.

Auf der Einnahmeseite fallen vor allem die Steuereinnahmen mit 2,191 Mio. Fr. ins Gewicht, die mit 97,2 Prozent die grösste Finanzierungsquelle des Gemeindehaushaltes darstellen. Mehrerträge gegenüber den Aufwendungen weist der laufende Haushalt nur bei den Steuern (insgesamt 2,187 Mio. Fr.) und bei der Wasserversorgung (+ 53 655 Fr.), der

## Terrorbekämpfung vor dem Europarat

Strassburg (AP) Mit den Möglichkeiten einer europäischen Reaktion auf den internationalen Terrorismus beschäftigt sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats, deren Herbstsitzung heute Mittwoch in Strassburg beginnt. Die Parlamentarier aus den 21 Mitgliedsstaaten der Strassburger Staatenorganisation wollen eine Empfehlung erarbeiten, nach der eine europäische Gruppe für die Zusammenarbeit in Fragen des Terrorismus gebildet werden soll. Die Debatte findet einen Tag vor einem kurzfristig in London anberaumten Treffen der EG-Innenminister zum gleichen Thema statt. Am 5. November soll es in Strassburg zudem zu einer Ministerkonferenz auf der Ebene des Europarats kommen, bei der ebenfalls über den Kampf gegen den Terrorismus beraten werden soll.

Andere Tagesordnungspunkte der bis zum 25. September währenden Europarats-Sitzung sind der Kampf gegen die internationale Kriminalität, die Verschuldung der Dritten Welt sowie der Gebrauch menschlicher Embryos für diagnostische, therapeutische, wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke. Zwei der Themen befassen sich mit deutschen Problemen, so mit der Situation der deutschen Minderheit in der Sowjetunion und der Verletzung von Menschenrechten in DDR-Gefängnissen.

Abwasserentsorgung (+ 3654 Fr.) sowie der Land- und Alpwirtschaft (+ 5619 Fr.) auf.

Die Investitionsrechnung schliesst bei Ausgaben von 2,136 Mio. Fr. und Erträgen von 1,515 Mio. Fr. mit einem Fehlbetrag von 621 000 Fr. Mit 938 000 Fr. stehen die Aufwendungen für die Tiefbauten an erster Stelle, gefolgt von den Beteiligungen mit 238 000 Fr. und den Mobilien mit 210 000 Fr., während für die Hochbauten nur 55 000 Fr. und für Grundstückkäufe 33 000 Fr. aufzuweisen.

## Uneinigkeit über Verbleib der FPÖ-Minister

Konflikt um Fortbestand der österreichischen Regierung nach Koalitionsbruch

Wien (AP) Nach Aufkündigung der Koalition mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) durch die Sozialisten (SPÖ) gibt es offenbar einen Konflikt über den Verbleib der FPÖ-Minister und Staatssekretäre in der österreichischen Bundesregierung bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen, die am 23. November stattfinden sollen.

Am Montag Abend hatte das Präsidium der SPÖ auf Vorschlag von Bundeskanzler Franz Vranitzky einstimmig die vorzeitige Beendigung der Koalition mit der FPÖ und eine Vorverlegung der eigentlich erst am 5. April fälligen Wahlen beschlossen. Nach Konsultationen mit Bundespräsident Kurt Waldheim, die nach dessen Worten wegen des «heiklen Problems» noch fortgesetzt werden sollen, hat der sozialistische Bundeskanzler Franz Vranitzky am Dienstag erklärt, er trete für den Weiterverbleib der sechs FPÖ-Regierungsmitglieder im Kabinett ein.

### Es geht um Steger

In einem Radiointerview sagte Vranitzky: «Wenn die freiheitlichen Regierungsmitglieder sich dazu verstehen können, den Rest der Gesetzgebungsperiode in der Bundesregierung zu verbleiben ohne dass es dabei unüberwindliche Hindernisse gibt, ist es mir recht, und ich gehe ausserdem davon aus, dass ich jetzt in der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit keine Regierungsumbildung mehr mache.»

Vizekanzler und Handelsminister Norbert Steger, der am Wochenende auf dem Innsbrucker Parteitag als Parteiobermann (Vorsitzender) der FPÖ abgelöst und durch den Parteirechten Jörg Haider ersetzt worden war, hatte am Montag bei Vranitzky seinen Rücktritt eingereicht. Vranitzky erklärte aber noch am Montag Abend, er habe Steger gebeten, vorerst in der Regierung zu bleiben. Die sozialistische «Arbeiterzeitung» meldete indessen am Dienstag, Stegers Mitarbeiter seien

bereits mit der Räumung beschäftigt.

Haider hatte am Montag Abend auf einer Pressekonferenz das Ausscheiden Stegers aus der Regierung gefordert, damit es – wie er sich ausdrückte – «nicht noch einen sozialistischen Minister mehr» gebe. Er werde daher dem Bundeskanzler vorschlagen, Steger zu entlassen und durch einen anderen freiheitlichen Politiker zu ersetzen, wobei er sich vorstellen könne, dass entweder Justizminister Harald Ofner oder Verteidigungsminister Helmut Krünes für die nächsten zwei Monate diese Funktion übernehmen.

Dazu erklärte Vranitzky am Dienstag: «Entweder entscheidet sich die Freiheitliche Partei, in der Regierung zu bleiben oder nicht, aber es kann nicht so sein, dass die Regierungsmannschaft in gute und schlechte Indianer aufgeteilt wird.» Gespräche zwischen den beiden Parteien waren zu diesem Thema für Dienstag anberaumt.

Zuvor hatte Vranitzky den Bundespräsidenten offiziell über das vorzeitige Ende der Koalition informiert und Konsul-

tationen über die weitere Vorgangsweise gepflogen. Auch sei über die Auflösung des Nationalrates am 23. September und die Ausschreibung von Neuwahlen am 23. November eine Einigkeit erzielt worden, sagte er.

Das Einvernehmen über die Auflösung des Nationalrates wurde im sogenannten Präsidiale des Parlaments, dem alle drei Parteien angehören, erzielt. Demnach wird der Nationalrat am 23. September zusammentreten und seine vorzeitige Auflösung beschliessen.

### Graff für Zusammenarbeit

Von seiten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) hat sich am Dienstag Generalsekretär Michael Graff erneut für die «breitestmögliche Zusammenarbeit» nach den Nationalratswahlen ausgesprochen, wobei er für eine Konzentrationsregierung aller im Parlament vertretenen Parteien eintrat. Wenn dies nicht möglich sei, trete er für eine grosse Koalition oder gegebenenfalls für eine kleine Koalition ein.

Der neue FPÖ-Chef Haider hat am Montag Abend auf seiner Pressekonferenz der SPÖ vorgeworfen, seine Wahl sei für sie nur ein Vorwand gewesen, aus der Verantwortung zu flüchten, damit sie Neuwahlen ansetzen könne. «Offenbar haben einige in der Sozialistischen Partei die Nerven verloren, weil sie wissen, dass es mit einem Haider schwieriger ist, gewisse Probleme zu lösen», sagte er.

Seine Partei befinde sich in einer Aufwindsituation und werde bei den kommenden Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil von etwa fünf Prozent beim letzten Urnengang wesentlich steigern, erklärte Haider. Seit seiner Wahl habe es bei der FPÖ 767 Neuzugänge und sieben Austritte gegeben. Auf eine Frage, erklärte der als rechtsstehend eingestufte Politiker, er grenze sich absolut gegenüber Rechtsextremisten wie Norbert Burger ab.

## Bekennerbrief zum Panavia-Anschlag

München (AP) Zu dem Sprengstoffanschlag auf das Bürohaus der «Tornado»-Firma Panavia Aircraft GmbH in München ist am Dienstag bei der «Süddeutschen Zeitung» ein vierseitiger maschinengeschriebener Bekennerbrief einer «Kämpfenden Einheit Anna Maria Ludmann» eingegangen. Das bayerische Landeskriminalamt in München teilte mit, dieser Brief sei in München aufgegeben worden und trage das Datum vom 15. September. Anna Maria Ludmann, Mitglied der italienischen Terrororganisation Rote Brigaden, war am 28. März 1980 in Genua erschossen worden.

## Gemeindewahlen 1987 in Sicht

FBP-Vorstand traf sich zu Vorbereitungsarbeiten

Ein reich befrachtetes Tagesordnungsprogramm erwartete die Mitglieder des FBP-Vorstandes am Montag Abend im Bildungshaus Stein-Egerta. Im Mittelpunkt stand erneut die Diskussion über die Schwerpunkte der FBP-Politik und die Vorbereitung der Gemeindewahlen 1987.

Zu Beginn der Sitzung, zu der sich die Präsidiumsmitglieder, die Obmänner und weiteren Vorstandsmitglieder trafen, wurde nochmals eine Bewertung der Fragebogen vorgenommen, die im Rahmen einer früheren Klausurtagung ausgefüllt worden waren. Dann folgte die Präsentation der inhaltlichen Schwerpunkte der FBP-Politik für die kommenden Jahre, die von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille vorgenommen wurde. Zu diesen einzelnen Programmpunkten erfolgte eine eingehende Diskussion unter den Vorstandsmitgliedern, die sich in weiteren Sitzungen damit auseinandersetzen werden.

### Keine Visumpflicht für liechtensteinische Landesbürger

(paf) – Liechtensteinische Landesbürger sind bei der Einreise nach Frankreich von der Visumpflicht ausgenommen. Gemäss Auskunft der französischen Botschaft in Bern gilt für Liechtenstein die gleiche Regelung wie für die EG-Länder und die Schweiz.

21. Sept.  
**BETTAG**  
in sich gehen  
statt ausfahren

Freimillig  
autofrei